



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Mexiko

2023

Die Behörden kriminalisierten weiterhin die Rechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich für Landrechte und Umweltschutz einsetzten, wurden wegen ihres Engagements strafrechtlich verfolgt. Zahlreiche Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen wurden getötet. Die Zahl der Feminizide war weiterhin sehr hoch, und die entsprechenden Fälle wurden nicht ordnungsgemäß untersucht. (Der in Mexiko verwendete Begriff "Feminizid" statt "Femizid" verdeutlicht die politische Dimension von Morden an Frauen aufgrund weitgehender Straflosigkeit.) Seit 1962 galten in Mexiko mehr als 114.000 Menschen als vermisst bzw. verschwunden. Für Angehörige, die nach verschwundenen Familienmitgliedern suchten, bestand ein hohes Risiko, bedroht, schikaniert oder getötet zu werden bzw. ebenfalls dem Verschwindenlassen zum Opfer zu fallen.

Hintergrund

Die Zahl der Morde und der Fälle von Verschwindenlassen war in den 16 Jahren, in denen das Militär an Einsätzen im Bereich der öffentlichen Sicherheit beteiligt war, angestiegen.

Die Nationale Menschenrechtskommission stellte fest, dass Angehörige der Nationalgarde – die nationale Polizeiaufgaben wahrnahm – und des Militärs im Jahr 2023 in 28 Fällen schwere Menschenrechtsverletzungen verübt hatten. Dazu zählten völkerrechtliche Verbrechen wie Folter, außergerichtliche Hinrichtungen und Verschwindenlassen.

Exzessive Gewaltanwendung

Das Militär wandte 2023 weiterhin unnötige und unverhältnismäßige Gewalt an und verübte außergerichtliche Hinrichtungen. Diese Verbrechen und weitere Menschenrechtsverletzungen blieben weiterhin straflos.

Am 26. Februar 2023 wurden fünf junge Männer, die in einem Pick-up in der Stadt Nuevo Laredo (Bundesstaat Tamaulipas) unterwegs waren, mutmaßlich von Soldaten getötet. Am 18. Mai 2023 zeigte eine Überwachungskamera, wie Angehörige der Streitkräfte in Nuevo Laredo mutmaßlich fünf weitere Männer töteten. Nachdem sich das Video verbreitet hatte, leitete die Nationale Menschenrechtskommission eine Untersuchung des Falls ein. Sie stellte schwere Menschenrechtsverletzungen fest und empfahl der Armee, bei den Ermittlungen mit der Staatsanwaltschaft zusammenzuarbeiten und die Familien der Opfer finanziell und psychologisch zu unterstützen.

Im Oktober 2023 stellte ein Strafgericht in der Stadt Monterrey (Bundesstaat Nuevo León) fest, dass für die im Jahr 2010 erfolgte außergerichtliche Hinrichtung der beiden Studenten des *Instituto Tecnológico y de Estudios Superiores de Monterrey*, Jorge Antonio Mercado Alonso und Javier Francisco Arredondo Verdugo, Armeeingehörige strafrechtlich verantwortlich waren.

Verschwindenlassen

Die Zahl der vermissten und verschwundenen Personen war weiterhin hoch. Im Jahr 2023 gab es laut der Nationalen Suchkommission (*Comisión Nacional de Búsqueda*) mindestens 12.031 neue Fälle vermisster und verschwundener Menschen – 8.426 Männer, 3.596 Frauen und neun Personen, die nicht identifiziert werden konnten. Offiziellen Angaben zufolge wurden von 1962 bis Ende 2023 insgesamt 114.004 Menschen als vermisst oder verschwunden registriert.

Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte strafte Mexiko 2023 in zwei Fällen willkürlicher Inhaftierung ab. Der erste Fall betraf die willkürliche Inhaftierung von drei Männern im Jahr 2006, zwei von ihnen Indigene, darunter Jorge Marcial Tzompaxtle Tecpile. Die Männer waren von der Polizei festgenommen und mehr als drei Monate lang ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Haft (*Arraigo*-Haft) gehalten worden. Anschließend befanden sie sich zwei Jahre lang in Untersuchungshaft. Der zweite Fall betraf Daniel García Rodríguez und Reyes Alpízar Ortiz, die sich wegen mutmaßlicher Beteiligung an einem Mord mehr als 17 Jahre lang zunächst in *Arraigo*-Haft und dann in Untersuchungshaft befanden und dabei gefoltert und anderweitig misshandelt wurden.

Außergerichtliche Tötungen/ Journalisten

Exemplarisch für die gezielte Tötung von Journalist/innen steht die Ermordung von Luis Martín Sanches Iniguez. Seine Leiche wurde am 8. Juli 2023 in der mexikanischen Stadt Tepic gefunden. Die Leiche wies Spuren von Gewalteinwirkungen aus. Sánchez arbeitete bei La Jornada, einer der wichtigsten Zeitungen des Landes.

Die drei Medienschaffenden Jonathan Lora Ramirez, Osiris Maldonado und Luis Martín Sánchez, die in der Woche davor entführt worden waren, hatten alle an journalistischen Projekten mitgearbeitet, wie die Generalstaatsanwaltschaft des Bundesstaates Nayarit mitteilte. Die ersten beiden wurden unversehrt gefunden, doch Luis Martín Sánchez, Lokalkorrespondent der führenden nationalen Tageszeitung *La Jornada*, wurde am 8. Juli, drei Tage nachdem seine Frau ihn als vermisst gemeldet hatte, am Stadtrand von Tepic, der Hauptstadt des an der Pazifikküste gelegenen Bundesstaates, tot aufgefunden.

Reporter ohne Grenzen, Schweiz 14.07.2023

www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/mexiko-2023

Amnesty Journal 05/2023